

83 Prozent der ver.di-Mitglieder lehnen höheres Rentenalter ab

Michael Fiedler

Länger arbeiten – sowohl bis zur Rente als auch am einzelnen Arbeitstag? Unter ver.di-Mitgliedern stoßen beide Vorstellungen auf deutliche Ablehnung. Auch die Sorgen um die finanzielle Absicherung im Alter sind groß. Die Befragung zeigt aber vor allem, warum die Rentendebatte für viele weit vor dem Ruhestand beginnt.



Quelle: ver.di

83 Prozent lehnen den Vorschlag ab, das gesetzliche Renteneintrittsalter an die statistische Lebenserwartung zu koppeln und damit schrittweise weiter anzuheben. Nur elf Prozent halten diesen Ansatz für richtig. „Die Umfrage-Ergebnisse senden ein starkes Signal an die Bundesregierung: Hände weg vom 8-Stunden-Tag und keine Verschlechterungen bei der Rente“, erklärt der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke.

Mehr als die Hälfte zweifelt, bis zur Rente durchhalten zu können

Hinter der Ablehnung eines höheren Rentenalters steht offenbar auch die Frage, ob die Beschäftigten überhaupt davon ausgehen, ihre heutige Tätigkeit entsprechend lange ausüben zu können. 56 Prozent bezweifeln, gesundheitlich bis zum Renteneintritt wie bisher weiterarbeiten zu können. 21 Prozent antworten mit „nein, auf keinen Fall“, weitere 35

Prozent mit „eher nein“. Demgegenüber halten 40 Prozent dies grundsätzlich für möglich. 32 Prozent antworten mit „eher ja“, lediglich acht Prozent sind sich sicher, bis zur Rente gesundheitlich wie bisher arbeiten zu können. Damit berührt die politische Diskussion über ein höheres Renteneintrittsalter eine zweite Frage: Nicht nur, wie lange Menschen arbeiten sollen, sondern wie lange sie tatsächlich arbeiten können.

Sorge vor finanziellen Problemen im Ruhestand

Gleichzeitig macht sich die große Mehrheit der befragten Gewerkschaftsmitglieder Gedanken über ihre finanzielle Situation im Alter. 26 Prozent haben „sehr große“ und weitere 25 Prozent „große“ Sorgen. 30 Prozent berichten zumindest von „einigen“ Sorgen. Damit sorgen sich insgesamt 81 Prozent in unterschiedlichem Umfang um ihre finanzielle Absicherung im Alter. Lediglich drei Prozent geben an, überhaupt keine Sorgen zu haben. Werneke fordert deshalb eine Rentenreform, die nach seiner Auffassung die Lebensleistung stärker anerkennt und ein ausreichend hohes Niveau der gesetzlichen Rente sichert.

Acht-Stunden-Tag: 87 Prozent fürchten gesundheitliche Folgen

Die zweite große Konfliktlinie der Befragung betrifft die Arbeitszeit. Die Bundesregierung plant eine Reform des Arbeitszeitrechts, bei der die bislang geltende tägliche Höchstarbeitszeit stärker durch eine wöchentliche Betrachtung ersetzt werden soll. ver.di gehört zu den entschiedenen Gegnern dieses Vorhabens. Unter den befragten Mitgliedern ist die Skepsis entsprechend groß. 87 Prozent stimmen der Aussage zu, bei einer Abschaffung beziehungsweise Lockerung des Acht-Stunden-Tages größere Sorgen um ihre Gesundheit zu haben. Zwei Drittel stimmen dieser Aussage sogar „voll und ganz“ zu. 81 Prozent erwarten größere Schwierigkeiten bei

der Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise Freizeit. 60 Prozent rechnen zudem damit, dass Arbeitgeber Druck ausüben könnten, täglich oder zumindest an einzelnen Tagen länger zu arbeiten.

Mehr Selbstbestimmung? Mehrheit glaubt nicht daran

Befürworter flexiblerer Arbeitszeitregeln argumentieren dagegen unter anderem mit größeren Gestaltungsmöglichkeiten für Beschäftigte. Unter den ver.di-Mitgliedern verfängt dieses Argument kaum. Nur 21 Prozent glauben voll oder eher daran, ihre Arbeitszeit dadurch selbstbestimmter verteilen zu können. 71 Prozent erwarten diesen Effekt dagegen eher nicht oder überhaupt nicht. Für Werneke bestätigt das die Position der Gewerkschaft, an der täglichen Höchstarbeitszeit festzuhalten. Er warnt davor, durch eine Reform Arbeitszeiten von bis zu 13 Stunden zu ermöglichen.

81 Prozent befürworten Vermögensteuer

Die Befragung widmet sich außerdem der Finanzierung des Sozialstaats. Dabei zeigt sich unter den ver.di-Mitgliedern ebenfalls eine klare Präferenz. 81 Prozent sprechen sich für die Einführung einer Vermögensteuer aus, 14 Prozent lehnen sie ab. Werneke interpretiert die Ergebnisse als Verteilungskonflikt. Der Sozialstaat sei finanzierbar, wenn große Vermögen stärker zur Finanzierung herangezogen würden. Dabei verweist der Gewerkschaftsvorsitzende auf ein privates Nettovermögen von fast 20 Billionen Euro und eine starke Konzentration an der Spitze der Vermögensverteilung.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4951543/83-Prozent-der-verdi-Mitglieder-lehnen-hoeheres-Rentenalter-ab/>